



AMT FÜR JUSTIZ  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN  
OPFERHILFESTELLE

## Datenschutzhinweis Opferhilfestelle

---

Nachfolgend informieren wir Sie gemäss Art. 13 und Art. 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Art und Weise und die Hintergründe der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit unseren Tätigkeiten. Die folgenden Hinweise gelten gleichermaßen für Opfer von Straftaten, Angehörige des Opfers und hilfeleistende Personen gegenüber Opfern als auch deren Angehörige, sowie weitere, von der Datenverarbeitung betroffene Personen.

### **Name und Anschrift des Verantwortlichen und des Datenschutzbeauftragten**

#### **Die Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGO) ist:**

Opferhilfestelle  
Amt für Justiz  
Landstrasse 190  
9495 Triesen

Telefon: + 423 236 76 96

E-Mail: [info.ohs@llv.li](mailto:info.ohs@llv.li)

Webseite: [www.llv.li/de/landesverwaltung/opferhilfestelle](http://www.llv.li/de/landesverwaltung/opferhilfestelle)

Fragen zum Datenschutz können Sie direkt an uns richten oder aber an die Fachstelle Datenschutz als unsere Datenschutzbeauftragte.

### **Kontakt Daten Datenschutzbeauftragte:**

Fachstelle Datenschutz  
Peter-Kaiser-Platz 1  
9490 Vaduz

Telefon: +423 236 73 08

E-Mail: [datenschutz@regierung.li](mailto:datenschutz@regierung.li)

Webseite: [www.fds.llv.li](http://www.fds.llv.li)

## Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten hat vornehmlich den Zweck, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, der uns obliegt. Wir unterstützen Personen, welche durch eine Straftat (nach Liechtensteinischem Recht) in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind. Auch Angehörigen des Opfers stehen wir unterstützend zur Seite. Der Anspruch auf Opferhilfe besteht unabhängig davon, ob die Täterschaft ermittelt worden ist, sich schuldhaft verhalten hat, vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt hat. Unser Angebot beinhaltet die kostenlose Beratung und Hilfestellung in psychologischen, sozialen und medizinischen Fragen. Zudem informieren wir über Rechte und Möglichkeiten im Strafverfahren, Begleitung zur Polizei und Gericht, Abklärungen zum Stand eines Verfahrens, Akteneinsicht bei Behörden und Gerichten. Die Opferhilfestelle unterstützt bei der Bewältigung der Gewalterfahrung, vermittelt zu Fachpersonen oder Fachstellen. Bei Bedarf wird finanzielle Hilfe im Rahmen des Gesetzes gewährt. Zudem leisten wir Hilfestellung bei versicherungsrechtlichen Ansprüchen als auch bei Geltendmachung von Schadenersatz. Beratend stehen wir auch Fachpersonen und Institutionen zur Verfügung.

Vornehmlich üben wir folgende verarbeitende Tätigkeiten aus:

- Allgemeine Beratung betreffend Opferhilfe
- Organisation und Abwicklung von unaufschiebbarer Hilfe
- Organisation und Abwicklung von längerfristiger Hilfe
- Einholung und Erteilung erforderlicher Auskünfte, die im Zusammenhang mit der Straftat / Ereignis stehen und die zu Klärung des Geschehensablaufes und für die Hilfestellungen im Rahmen des Opferhilfegesetzes notwendig sind. Diese Tätigkeiten dürfen nur nach Erteilung einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden
- Eingeholt und Erteilt werden dürfen Auskünfte nur nach expliziter Genehmigung durch den Vollmachtgeber / die Vollmachtgeberin gegenüber Behörden, Gerichten, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, Rechtsanwält:innen; sozialen Institutionen (z.B. Frauenhaus, Informations- und Beratungsstelle für Frauen, andere Opferhilfestellen, Verein für Menschenrechte, Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration), Sachwalterverein, behandelnde Ärzt:innen, Spitäler, Psychotherapeut:innen
- Verfassen von Anträgen für öffentliche Stellen, Mittelbeschaffung
- Begleitung bei Behördengängen und Gerichtsterminen

## Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen für die verarbeitenden Tätigkeiten sind in den Artikel 9 Abs. 2, Artikel 10 Abs. 1, 12, 13, 14, und Artikel 28 gemäss Opferhilfegesetz festgehalten. Diese gelten in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Bst. e) DSGVO und Art. 21 Abs. 1 a.) 2. Datenschutzgesetz (DSG) sowie Art. 10 DSGVO.

Werden die personenbezogenen Daten nicht auf Basis des öffentlichen Auftrags verarbeitet, ist im Einzelfall die Rechtsgrundlage die Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Bst. a)

DSGVO oder ein Vertrag bzw. vorvertragliche Massnahmen gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. b) DSGVO.

### **Zu verarbeitende Daten**

Folgende personenbezogene Daten werden bei der Ausübung unserer Tätigkeiten erhoben, erfasst und weiterverarbeitet:

- Personalien (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift)
- Kontaktdaten (Mail, Telefon, Anschrift)
- Bankdaten (Iban, BIC, Kontostände, Vermögensnachweise)
- Krankenberichte, Atteste, Unfallversicherungen, Krankenversicherungen, Rechtsschutzversicherungen
- Strafrechtliche relevante Unterlagen, Gerichtsunterlagen, Verfahrensunterlagen

### **Herkunft der Daten**

Sofern die Daten nicht bei Ihnen persönlich erhoben werden, stammen die Angaben zu den personenbezogenen Daten aus folgenden Quellen:

- Behörden und Gerichten
- Unfall- und Haftpflichtversicherungen
- Rechtsanwält:innen; sozialen Institutionen (z.B. Frauenhaus, Informations- und Beratungsstelle für Frauen, andere Opferhilfestellen, Verein für Menschenrechte, Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration),
- Sachwalterverein, behandelnde Ärzt:innen, Spitäler, Psychotherapeut:innen

### **Empfänger**

Wir übermitteln ihre Daten nur in gesetzlich vorgeschriebenen und erlaubten Fällen an andere öffentliche Stellen. Als Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten kommen in Betracht.

- öffentliche Behörden
- Versicherungen
- Anwälte, Gerichtspersonal
- Ärzte, Krankenhäuser und Therapeuten

## **Drittländer**

Datenverarbeitungstätigkeiten werden zumindest zum Teil auch ausserhalb der EU bzw. des EWR durchgeführt, und zwar in der Schweiz. Das angemessene Datenschutzniveau für die Schweiz ergibt sich aus einem Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission nach Art. 45 DSGVO. Die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland erfolgt, wenn die hilfeschende Person oder involvierte Parteien in diesem Land leben, arbeiten oder dort versichert sind, unter anderem zwecks Kooperation mit Systempartnern und Behörden (z.B. Akteneinsicht), Antragsstellungen und die Abwicklung von Hilfen.

## **Speicherdauer**

Die Speicherdauer der Datenverarbeitung richtet sich nach spezialgesetzlichen Vorgaben zu den Aufbewahrungsfristen bzw. dem Archivgesetz. Ist der Zweck der Datenverarbeitung erreicht und stehen der Vernichtung Ihrer Daten keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegen, werden die personenbezogenen Daten grundsätzlich dem jeweiligen Löschkonzept zugeführt.

Nach Abschluss der Begleitung und Unterstützung der Opfer werden die personenbezogenen Daten noch 10 Jahre zwecks Nachvollziehbarkeit und Belegbarkeit aufbewahrt und danach gelöscht.

## **Rechte der betroffenen Personen**

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen aus dem Datenschutz verschiedene Rechte zu: Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, Beschwerde gegenüber der Aufsichtsbehörde.

Sie können die Ausübung Ihrer Rechte als formlosen Antrag bzw. Gesuch und ohne Begründung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Empfohlen wird jedoch, den Antrag bzw. das Gesuch schriftlich oder in einer sicheren elektronischen Form einzureichen.

### **1. Recht auf Auskunft**

Mit dem Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO können Sie als betroffene Person von dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen Auskunft darüber verlangen, welche Daten beim Verantwortlichen über Sie gespeichert sind bzw. verarbeitet werden.

Zudem erhalten Sie vom Verantwortlichen ergänzende Informationen, z.B. über die Verarbeitungszwecke, die Herkunft der Daten, soweit diese nicht direkt bei Ihnen erhoben wurden, oder über Empfänger, an die Ihre Daten übermittelt werden.

Durch das Auskunftsrecht werden Sie in die Lage versetzt, den Überblick und damit auch die Kontrolle darüber zu behalten, welche Ihrer personenbezogenen Daten zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeitet werden.

## **2. Recht auf Berichtigung**

Wenn Sie feststellen, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO deren unverzügliche Berichtigung gegenüber dem Verantwortlichen verlangen. Unverzüglich meint eine nicht- schuldhaftes Verzögerung des Verantwortlichen, das bedeutet, mit einem gewissen Zeitaufwand für die Bearbeitung des Gesuchs muss gerechnet werden.

## **3. Recht auf Löschung**

Mit dem Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO können Sie grundsätzlich die unverzügliche Entfernung Ihrer personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen verlangen, sofern einer der Gründe aus Art. 17 Abs. 1 a) bis f) vorliegt, z.B. die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr notwendig sind, die Einwilligung widerrufen wurde, erfolgreicher Widerspruch eingelegt wurde, die Verarbeitung unrechtmässig erfolgte, etc.

Dem Lösungsanspruch können allerdings Ausnahmen entgegenstehen, die in Art. 17 Abs. 3 DSGVO gelistet sind. Regelmässig zu prüfen hat der Verantwortliche, ob gesetzliche Aufbewahrungsfristen oder das Archivgesetz einer Löschung widersprechen.

## **4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO kann nur unter bestimmten Voraussetzungen geltend gemacht werden, die in den Buchstaben a) bis d) des Artikels gelistet sind. Wenn Sie z.B. die Berichtigung Ihrer falschen Daten verlangen oder Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, muss die Verarbeitung Ihrer Daten vom Verantwortlichen bis zum Abschluss seiner Prüfung eingeschränkt werden. Weiterhin muss die Verarbeitung eingeschränkt werden, wenn Sie wegen ungerechtfertigter Verarbeitung die Einschränkung ausdrücklich statt einer Löschung verlangen. Auch ist die Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche Ihre Daten zwar nicht mehr für eigene Zwecke benötigt, Sie diese aber noch für die Verfolgung eigener Ansprüche nutzen möchten.

## 5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Haben Sie Ihre Daten dem Verantwortlichen bereitgestellt, können Sie nach Art. 20 DSGVO verlangen, dass Sie diese Daten in einem gängigen maschinenlesbaren Format herausgegeben bekommen. Damit soll Ihnen die eigene Übermittlung zu einem anderen Verantwortlichen erleichtert werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt, wenn die Verarbeitung aufgrund Einwilligung oder Vertrag basiert und mithilfe automatisierter Verfahren erfolgte.

## 6. Recht auf Widerspruch

Art. 21 Abs. 1 DSGVO gewährt Ihnen das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, ausnahmsweise auch gegen eine an sich rechtmässige Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen, sofern Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten eine erfolgte Interessenabwägung seitens dem Verantwortlichen ist, dessen Interessen bei der vorgenommenen Abwägung überwogen haben.

## 7. Recht auf Beschwerde

Sofern Sie als von der Datenverarbeitung betroffene Person der Annahme sind, dass eine unrechtmässige Datenverarbeitung vorliegt, können Sie jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einreichen.

## Kontakt Daten Datenschutz - Aufsichtsbehörde

Die in Liechtenstein zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Datenschutzstelle mit den Kontaktdaten:

Datenschutzstelle Fürstentum Liechtenstein

Städtle 38  
Postfach 684  
FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 60 90  
E-Mail: [info.dss@llv.li](mailto:info.dss@llv.li)  
Webseite: [www.datenschutzstelle.li](http://www.datenschutzstelle.li)

Weitere Informationen zum Datenschutz, insbesondere betreffend der Webseite der Liechtensteinischen Landesverwaltung finden Sie in der [Datenschutzerklärung](#).